

Friedensresolution des Ökumenischen Ratschlags



Berlin-Köpenick 3. September 2023

In Unterstützung kirchlicher, gewerkschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Friedensappelle fordern die Teilnehmer der Tagung eine Intensivierung der diplomatischen Bemühungen zur baldigen Beendigung des Ukrainekrieges.

Es gilt nicht einen Krieg, sondern wieder den Frieden zu gewinnen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass beide Konfliktparteien den Krieg bis zum Sieg weiter betreiben wollen, aber zur Zeit nicht bereit sind, Friedenslösungen zu suchen und Kompromisse zu verhandeln. Hier bedarf es eines Paradigmenwechsels von der militärischen zu einer friedenspolitischen Logik, entsprechend den Konzepten von „Sicherheit neu denken“.

Sicherlich gab es in den letzten 18 Monaten des russischen Angriffskrieges in der Ukraine erste diplomatische Bemühungen, aber das Verhältnis zur Kriegspolitik stimmt nicht. Die Priorität darauf, immer mehr und immer schwerere Waffen zu liefern, ist keine Strategie, um diesen Krieg zu beenden, im Gegenteil: die Eskalationsdynamik in dem laufenden verheerenden Kriegsgeschehen ist ungebrochen.

Dringend müssen auch die nuklearen Gefahren für Mensch und Umwelt in der Ukraine bedacht werden. Die russische Föderation ist eine Atommacht mit dem größten Atomwaffenarsenal und es ist damit zu rechnen, dass die russische Regierung bereit wäre, Atomwaffen einzusetzen, wenn sie die Gefahr einer militärischen Niederlage erkennen würde. Auch ein erster Einsatz von sog. „taktischen Atomwaffen“ wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr eindämmen lassen. Ebenfalls warnen wir davor, dass jeglicher Waffengang in einem Land mit laufenden Atomreaktoren und dazu großen Lagern von abgenutzten Brennstäben in der Ukraine mit einem Havarie-Risiko verbunden ist, das niemand je eingehen darf. Solche Anlagen bedürfen der unbedingt zuverlässigen Wartung, Stromversorgung und beständiger Zufuhr von Kühlwasser, um eine Kernschmelze zu vermeiden, die weite Gebiete der europäischen Zivilisation verstrahlen würde.

Wir appellieren an unsere Regierung, internationale diplomatischen Bemühungen zu einer baldigen Beendigung des Krieges mit verdoppelter Energie weiter zu verfolgen. Hierzu hat unser Bundeskanzler Olaf Scholz beim G-20 Gipfel in Neu-Dehli und bei der Generalversammlung der UN im September in New York eine geeignete Plattform.